



## Cornelia Behm MdB

Sprecherin für Ländliche Entwicklung und für Waldpolitik  
der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

1. Februar 2013

Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
☎ (030) 227 – 71566, 📠 (030) 227 – 76165  
✉ cornelia.behm@bundestag.de

## Bund und Länder enttäuschen hohe Erwartungen

### BVVG-Privatisierungsgrundsätze bleiben wie sie sind

„Das alljährliche Bund-Länder-Gespräch über die Privatisierungspolitik der BVVG am 30. Januar hat die hohen Erwartungen aus dem Berufsstand nicht erfüllt. Dabei gäbe es genug zu tun. Unser Katalog mit Vorschlägen liegt dazu auf dem Tisch.“ Das sagte die Sprecherin für Ländliche Entwicklung der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Cornelia Behm am Freitag nach dem Gespräch.

„Es sind keine Änderungen an den BVVG-Privatisierungsgrundsätzen vereinbart worden. Konkret geprüft wird offenbar nur eine mögliche Änderung der Grenze für die maximale Losgröße – eine im Interesse einer breiten Eigentumsverteilung sinnvolle Forderung, die wir BündnisGrüne seit langem erheben. Ob und in welcher Form es dazu aber jemals kommen wird, das bleibt bis auf weiteres ungewiss.

Um unmittelbar und mehr Änderungen zu erreichen, hätten die Länder sich im Vorfeld besser abstimmen und sich auf gemeinsame Änderungsvorschläge verständigen müssen. Wenn sie dazu aufgrund zu unterschiedlicher Auffassungen nicht in der Lage sind, dann ist das eine Sache. Wenn sie aber stattdessen wie ein Hühnerhaufen auftreten und die Gelegenheit mit aussichtslosen Debatten vertun, dann brauchen sie sich hinterher nicht zu wundern, dass sie nichts erreicht haben. Das sollten sich die fast ausschließlich von CDU und SPD gestellten ostdeutschen Landesregierungen und Agrarministerien nüchtern eingestehen.

Neu in der Auseinandersetzung um die BVVG-Privatisierungspolitik ist, dass die Jungbauern und landwirtschaftliche Existenzgründer bessere Chancen auf Landerwerb fordern. Wir haben dazu neben anderen Forderungen, die ihnen auch zugute kämen, vorgeschlagen, einen **jährlichen Flächenpool für Junglandwirte und Existenzgründer** einzurichten. Dieser Ansatz dürfte mehr Chancen für junge Landwirte eröffnen, als wenn man sie in den Bewerberkreis für die begrenzten Ausschreibungen für arbeitsintensive Betriebe aufnehmen würde.“

PRESSMITTEILUNG